

Gemeinderatssitzung am 24.09.2026 – Statement der CDU-Fraktion zu den Tagesordnungspunkten Ö3-Ö6 (Neckarsulmer Kitas)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hertwig,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Mösel,
sehr geehrte Damen und Herren,

die CDU-Fraktion wird den heute vorliegenden Beschlussvorlagen zur kommunalen Bedarfsplanung der Kindertagesbetreuung, zur baulichen Entwicklung der Kindertageseinrichtungen, zur Generalsanierung der Kita Eugen-Bolz-Straße sowie zu den Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen nicht zustimmen bzw. mehrheitlich nicht zustimmen.

Unserer Auffassung nach fehlt es derzeit an einer schlüssigen und belastbaren Gesamtplanung, die den tatsächlichen Bedarf, die demografische Entwicklung und die baulichen Möglichkeiten unserer Kindertageseinrichtungen zusammenführt.

Bei der Bedarfsplanung in **Ö3** geht es uns insbesondere um die Frage, ob zum jetzigen Zeitpunkt bereits Entscheidungen mit erheblichen finanziellen und personellen Folgewirkungen getroffen werden müssen. Wir sollten hier kreativer und flexibler denken. Die Kita Eugen-Bolz-Straße sollte zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorweggenommen werden. Sollte in Amorbach künftig eine neue Wohnsiedlung entstehen, wäre beispielsweise denkbar, eine Kita direkt in ein Mehrfamilienhaus zu integrieren und dort eine entsprechende Einheit im Erdgeschoss vorzusehen, eine sogenannte Kita im Quartier.

Gleichzeitig müssen wir bei unseren Planungen berücksichtigen, dass sich Rahmenbedingungen verändern können. Die Bedarfsprognose muss unterschiedliche Szenarien der Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung abbilden. In diesem Fall könnten heute getroffene Annahmen bis 2030 schnell überholt sein. Beschlüsse mit erheblicher finanzieller und personeller Tragweite zu treffen, obwohl wesentliche Rahmenbedingungen noch nicht abschließend geklärt sind, halten wir deshalb zum jetzigen Zeitpunkt für nicht verantwortbar.

Auch bei der baulichen Entwicklung der Kitas in **Ö4** sehen wir offene Fragen. Den Erhalt der Kita Philipp-Wesp halten wir aus strategischer Sicht für sinnvoll. In der Viktorhöhe gibt es nur eine Kita. Entsprechend besuchen viele Kinder aus dieser Wohnsiedlung die Kita Philipp-Wesp.

Gleichzeitig erscheint uns die Überlegung, ob in der Kita Harzstraße zusätzliche Erzieher Toiletten geschaffen werden müssen, angesichts der grundlegenden Herausforderungen bei unseren Kita-Kapazitäten nicht als die richtige Priorität. Wir brauchen eine langfristige Perspektive und müssen uns zunächst darüber verständigen, welche Einrichtungen wir dauerhaft erhalten, wo wir erweitern und wo wir gegebenenfalls neu bauen wollen.

Gerade bei der Kita Philipp-Wesp fehlt uns in der vorliegenden Beschlussvorlage eine klare Aussage zum weiteren Vorgehen. Über einen möglichen Neubau der Kita Hägelich wird heute nicht entschieden – und ein entsprechender Neubau wurde erst Anfang dieses Jahres abgelehnt. Deshalb stellt sich für uns die Frage: Wie genau soll es mit der Kita Philipp-Wesp weitergehen? Hier erwarten wir von der Verwaltung eine klare strategische Aussage um einen Beschluss fassen zu können.

Auch bei **Ö5**, der Generalsanierung der Kita Eugen-Bolz-Straße, halten wir nach wie vor einen Grundsatzbeschluss zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht.

Kommen wir zu **Ö6**, den Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen. Hier lehnen wir die vorgeschlagene Gebührenerhöhung ab.

Ein wesentlicher Grund dafür ist bereits die Vorlage selbst: Die in der Tabelle aufgeführten Daten sind nicht konsistent. Wenn wir heute auf Grundlage einer fehlerhaften oder nicht nachvollziehbaren Gebührenübersicht eine Erhöhung beschließen, besteht das Risiko, dass die Gebühren später

rechtlich angefochten werden.

Wir fordern deshalb die Verwaltung auf, zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine korrekte und nachvollziehbare Gebührentabelle vorzulegen, in der die Gebühren und die jeweiligen Steigerungen sowohl in Euro als auch prozentual eindeutig und in sich schlüssig dargestellt sind. Auf dieser Grundlage kann dann erneut beraten und entschieden werden.

Hinzu kommt: Es wäre bereits die zweite Gebührenerhöhung innerhalb eines Jahres. Natürlich ist uns bewusst, dass wir unseren Haushalt konsolidieren müssen. Aber gerade bei Familien halten wir eine weitere Erhöhung der Kita-Gebühren zum jetzigen Zeitpunkt für das falsche Mittel und für ein falsches Signal.

Unser Fazit ist deshalb klar: **Wir erwarten von der Verwaltung zunächst eine überarbeitete und schlüssige Gesamtplanung für die Kindertagesbetreuung. Diese muss insbesondere klare Aussagen zu den baulichen Entwicklungen und zum künftigen Bedarf der einzelnen Einrichtungen enthalten. Auf dieser belastbaren Grundlage kann der Gemeinderat anschließend über konkrete Maßnahmen entscheiden. Einer Gebührenerhöhung können wir zudem schon deshalb nicht zustimmen, weil die vorgelegte Vorschlagsliste nachweislich fehlerhaft ist.**

Wir brauchen bei der Kindertagesbetreuung eine langfristige, flexible und vor allem belastbare Strategie – und genau diese erwarten wir jetzt von der Verwaltung.

Für die CDU-Fraktion
Sandra Berthold